

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Mai 2010

Der Bundesvorsitzende hat das Wort:

Staatszirkus Deutschland!

Berlin. Beobachtet man die politische Bühne seit der Regierungsbildung im Herbst 2009, empfindet man, dass nicht regiert, sondern nur noch verwaltet wird. Selbst der ungeübte Beobachter kommt zu der Meinung, hier werden die drängenden Themen recht und schlecht behandelt. Daher fühlen sich viele Deutsche betrogen. So kommt es, dass Arbeitnehmer – sicher auch andere gesellschaftliche Gruppen – unter den Parteien keine großen Unterschiede mehr feststellen. Beispiele lassen sich hierfür genügend anführen:

Da wird vor gut einer Woche zwischen CDU und FDP zur Rettung der Gemeinschaftswährung ohne Beteiligung der CSU ein 750 Milliarden-Rettungsschirm beschlossen. Wäre dies unter Franz-Josef Strauß geschehen, hätte der wohl den Koalitionsbruch festgestellt und die Koalition umgehend verlassen. Da ist für Rüttgers die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verloren gegangen. Auch hier hat der Staatszirkus seinen Beitrag geleistet und die „Zirkusdirektorin“ sagt vor laufenden Kameras: „...da war mehr Gegenwind statt Rückenwind“. Und jetzt, wo die NRW-Wahl vorbei ist, kommen bereits die ersten Vorschläge zu Sparmaßnahmen. Der hessische Dompteur Koch will bei Bildung sparen und die Kanzlerin sagt auf dem ökumenischen Kirchentag in München: „... wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“. Was denkt sich ein Arbeitnehmer, der einen zusätzlichen Job braucht, um überleben zu können angesichts dieser Aussage? Was denken sich die Rentnerinnen und Rentner, die die Xte Nullrunde hinnehmen müssen und zugleich von Altersarmut bedroht sind? War es das, wird sich nun so mancher fragen. Schlechtes Management „von Griechenland bis NRW“? Nein, das kann es nicht gewesen sein. Zirkus steht für was Schönes und Unterhaltsames – aber es kann auch für Durcheinander stehen. Letzteres trifft leider zu, ich hätte gerne gewollt etwas anderes zu behaupten. So habe ich die Hoffnung, dass der Ökumenische Kirchentag bei den Dompteuren zur Einkehr beigetragen hat. Nachhaltige Politik zeigt sich nicht im Erhalt der Ministerposten, sondern im Erhalt der Identität, für die man auch gewählt worden ist. Noch ist es Zeit zur Umkehr, um eine nachhaltige und zukunftsweisende Politik zu betreiben. Sonst ereilt die Union das Schicksal der SPD und eine weitere Volkspartei wird dezimiert.



Matthias Strebl,
Bundesvorsitzender, MdB a. D.

* * * *



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:

Wahlergebnis in NRW nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler aus-tragen!

Essen, 14. Mai 2010. – In den anstehenden schwierigen Koalitionsverhandlungen, die auch den Bildungsbereich betreffen, sollten sich alle Parteien ihrer Verantwortung gegenüber der derzeitigen und künftigen Schülergenerationen bewusst sein.

Es ist wenig hilfreich, die Schul- und Bildungspolitik komplett auf den Kopf zu stellen, nur weil im Wahlkampf überzogene und zum Teil uneinlösbare Versprechungen gemacht wurden. Veränderungen im Schul- und Bildungswesen sollte immer eine längere Erprobungsphase von mehreren Jahren eingeräumt werden vor einer endgültigen Einführung. Hektik führt zu Unruhe und Unsicherheit in Schule und Unterricht. Schülerinnen und Schüler haben auch **nach** der Wahl in NRW Anspruch auf ein durchschaubares, differenziertes Schulsystem,

das die individuellen Fähigkeiten optimal fördert. Vieles ist in den zurückliegenden Jahren begonnen worden und sollte nun konzentriert weiterentwickelt werden.

Aktionismus führt in Erziehung und Bildung nicht weiter, ebenso wenig totale und ungeprüfte Veränderungen. Jetzt geht es darum, mit Ruhe und Gelassenheit das bewährte System weiter zu verbessern, das Wohl der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu rücken und keine ideologischen Grabenkämpfe auszutragen.

Der VkdL fordert von der zukünftigen nordrhein-westfälischen Landesregierung Besonnenheit und Redlichkeit, wenn es um zentrale Fragen von Schule und Schulwesen geht. Denn das sind Fragen, die die Zukunft des Landes im Kern betreffen!

Das Wahlergebnis in NRW darf nicht auf dem Rücken der nächsten Generation ausgetragen werden: Schülerinnen und Schüler sind keine Versuchskaninchen für politische Machtspiele!

V.i.S.d.P.: Roswitha Fischer, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V., Berufsverband für katholische Pädagoginnen aller Bildungsbereiche, Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands

* * * *

Führungswechsel bei der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) Willy Schnieders löst Franz Xaver Winklhofer ab, der nicht mehr kandidierte.



Beim Bundesgewerkschaftstag der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) im CGB am Samstag, den 10. April in Hamburg - Datenberger Damm wurde Willy Schnieders aus Emstek in Niedersachsen von den Delegierten einstimmig zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger Franz Xaver Winklhofer aus Anger im Berchtesgadener Land kandidierte nicht mehr, fungiert aber nach dem Votum der Versammlungsteilnehmer künftig als Stellvertreter sowie als Pressesprecher und Verbindungsmann zur Politik und Verbänden.

Zum Beginn des Gewerkschaftstages konnte der Bundesvorsitzende Franz Xaver Winklhofer neben den Delegierten und den vor wenigen Tagen gewählten Betriebsräten in den Hamburger Verkehrsbetrieben, Ingo Baumgarten und Norbert Suhk auch zahlreiche Ehrengäste begrüßen. Darunter den verkehrspolitischen Sprecher und Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft Klaus-Peter Hesse von der CDU, den stellvertretenden CGB-Bundesvorsitzenden sowie Bundesvorsitzenden der DHV – Berufsgewerkschaft e.V. Jörg Hebsacker, den Bundesvorsitzenden der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) Detlef Lutz sowie den Generalsekretär des CGB Gunter Smits. Alle Ehrengäste brachten bei ihrem mündlichen Grußwort die Verbundenheit mit der KFG zum Ausdruck.



Bildunterschrift von links nach rechts: Gunter Smits, Franz Xaver Winklhofer, neu gewählter Bundesvorsitzender Willy Schnieders

Schriftliche Grußworte richteten Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB, der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der Generalsekretär der FDP, Christian Lindner, MdB sowie der Bundesvorsitzende des CGB, Matthäus Strebl an die Delegierten des Gewerkschaftstages.

Ein Impulsreferat hielt der verkehrspolitische Sprecher der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion Klaus-Peter Hesse, MdHB, der auch die Grüße von Bundesverkehrsminister Ramsauer und dem Hamburger Wirtschaftssenator Axel Gedascho überbrachte. In seiner Rede verwies Hesse auf die Strahlkraft des Hamburger Hafens und unterstrich unter anderem die dringende Realisierung der Hafenquerspange, den Ausbau der Hinterlandverkehre sowie die Vertiefung der Elberinne, um den Hamburger langfristig gut aufzustellen. Klaus-Peter Hesse sagte der KFG seine Unterstützung beim Neu- und Ausbau von LKW-Stellplätzen an Autobahnraststätten zu und verwies auf seine Initiative im Landesparlament zur Verbesserung des Logistikstandorts Hamburg. „Damit die LKW- und Busfahrer ihre Lenk- und Ruhezeiten einhalten können, müssen wir mehr Stellplätze für die Kapitäne der Straße ausweisen. Ruhepausen sind nicht nur für den Fahrer selbst wichtig, sondern stellen auch einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit dar. Die Kapazitäten des Rasthofs Stillhorn sind nicht mehr ausreichend“, stellte der Verkehrsexperte der CDU fest und brachte erneut den Neubau eines Rastplatzes in Seevetal in die Debatte ein.

Die schriftlichen und geheimen Wahlen der Vorstandschaft in der KFG unter Leitung des CGB Generalsekretärs, Gunter Smits brachte folgende Ergebnisse:

Bundesvorsitzender Willy Schnieders, Niedersachsen; stellvertretende Vorsitzende Franz Xaver Winklhofer, Bayern; Reinhard Aßmann, Nordrhein-Westfalen; Wolfgang Schiele, Rhein-Main-Saar, Schatzmeister Klemens Lanfermann, Niedersachsen; Schriftführer Jens Blum und Heiko Grabe, Hamburg. Zu Beisitzern wurden gewählt: Wolfgang Schultheiß, Rhein-Main-Saar, Franz Moselage, Nordrhein-Westfalen und Tuncay Öztunc aus Bayern.

Der neu gewählte Bundesvorsitzende Willy Schnieders bedankte sich bei seinem Vorgänger Franz Xaver Winklhofer und beim ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden Rolf (Mecki) Ringleb aus Hamburg, der nicht mehr kandidiert hat. Schnieders führte in seiner Antrittsrede aus, „dass die digitalen Kartenleser der Kontrollbehörden mit einer falschen Software ausgestattet sind. Dies führt zu unberechtigten Bußgeldern für die LKW- und Busfahrer. Dies ist ein Skandal und muss dringend verändert werden.“ Zudem mahnte er bei der Politik an, zügiger neue LKW-Stellplätze an Rasthöfen zu schaffen, um die gesetzlichen Ruhezeiten einhalten zu können. „Wenn hier nicht rasch etwas getan wird, droht uns ein Chaos auf den Autobahnen.“



Bildunterschrift von links nach rechts: Klemens Lanfermann; Detlef Lutz; Reinhard Aßmann; Willy Schnieders; Klaus-Peter Hesse, MdHB; Franz Xaver Winklhofer; Heiko Grabe; Norbert Suhk; Jens Blum; Jörg Hebsacker und Tuncay Öztunc.

Presserechtlich verantwortlich: Franz Xaver Winklhofer, Pressesprecher der KFG

* * * *

Die Einführung weiterer Branchenmindestlöhne geplant, aber erreichen diese immer die richtigen Gruppen?

Die Bundesregierung strebt die Einführung weiterer Branchenmindestlöhne in der Pflege, im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Zeitarbeit an. Ob sie die richtigen Beschäftigtengruppen erreichen und ob sie ohne große Probleme rechtssicher durchgesetzt werden können, das ist jedoch noch offen.

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands begrüßt es grundsätzlich, dass in den genannten Branchen gesetzliche Lohnuntergrenzen eingeführt werden. Gerade im Hinblick auf die vollständige Freigabe der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber allen EU-Mitgliedsstaaten im Jahre 2011 erscheint für diese Branchen eine gesetzliche Regelung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz für unverzichtbar.

Der CGB hat sich gegenüber der Bundesregierung in einer schriftlichen Stellungnahme zu den Empfehlungen über einen Mindestlohn in der Pflege geäußert. Es ist aus seiner Sicht richtig Lohnuntergrenzen von 7,50 Euro in den ostdeutschen Bundesländern und 8,50 Euro in den westdeutschen Bundesländern festzuschreiben, die dann schrittweise angehoben werden. Es ist aber versäumt worden eine schrittweise Angleichung der Löhne zwischen Ost und West in die Rechtsverordnung aufzunehmen. Das erschwert die Durchsetzung dieses notwendigen Ziels durch Tarifverhandlungen. Außerdem ist der Personenkreis zu eng gefasst worden, für den ein Mindestlohn gelten soll. Die Pflegehilfskräfte in ambulanten Pflegediensten sind ausgenommen worden. Und genau hier droht ein größerer Verdrängungswettbewerb zwischen inländischen und ausländischen Anbietern, als bei den Pflegehilfskräften, die in stationären Einrichtungen beschäftigt sind. Deshalb muss die Politik nachbessern, damit bis 2011 auch für die Beschäftigten der ambulanten Pflege ein geeigneter Schutzmechanismus gefunden wird.

Im Wach- und Sicherheitsgewerbe hat nun auch die Gewerkschaft verdi einen Mindestlohntarifvertrag abgeschlossen. Dieser steht in Konkurrenz zu dem Mindestlohntarifvertrag der christlichen Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) aus dem vergangenen Jahr. Der Bundesverband des Deutschen Wach- und Sicherheitsgewerbes ist nun aufgefordert, mit der GÖD einen gleichlautenden Tarifvertrag abzuschließen. Geschieht das nicht, so entsteht eine Tarifkonkurrenz, die von Seiten der GÖD nicht gewollt ist. Im Wach- und Sicherheitsgewerbe muss die Politik eine zweite Hausaufgabe erledigen. In einigen Bundesländern wurden Entgelttarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Wenn diese niedrigere Löhne vorsehen, als der Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz, dann entsteht auch hier eine Konkurrenz, und diese ist eine Konkurrenz von Rechtsverordnungen. Alle Landesarbeitsminister, die davon betroffen sind, sind deshalb aufgefordert, die Rechtsverordnungen zumindest teilweise außer Kraft zu setzen, bevor der bundesweite Mindestlohn in Kraft tritt.

Auch in der Zeitarbeit bietet sich eine neue Chance, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Die jüngsten Tarifabschlüsse nähren die Hoffnung auf eine Einigung auf eine bestimmte Lohnhöhe. Das Vorpreschen mit Mindestlohntarifverträgen nach dem Arbeitnehmerentendegesetz zwischen den Arbeitgeberverbänden IGZ und BZA auf der einen, und dem DGB auf der anderen Seite haben aber das alte Problem noch nicht gelöst. Die Tarifvertragskonkurrenz in der Zeitarbeit kann nur dadurch aufgelöst werden, indem alle Tarifvertragsparteien in der Zeitarbeit einen gemeinsamen Mindestlohntarifvertrag abschließen.

Das bedeutet im Klartext: In einem Dokument unterzeichnen die Arbeitgeberverbände auf der einen Seite und die Gewerkschaften im DGB und im CGB auf der anderen Seite einen Mindestlohntarifvertrag. Geschieht dies nicht, so sind wir genau so weit, wie im Jahre 2008. Jede Rechtsverordnung, die dann erlassen wird, wäre rechtlich angreifbar. Ein gerichtliches Scheitern eines Mindestlohnes in der Zeitarbeit, so wie beim Postmindestlohn, wäre nicht ausgeschlossen. Deshalb rufen wir erneut DGB und die Arbeitgeberverbände auf, einen gemeinsamen Mindestlohntarifvertrag abzuschließen.

Gunter Smits, CGB-Generalsekretär

* * * *

Gemeinsame Erklärung von BVD und den CGB-Gewerkschaften zum Tarifabschluss für die Zeitarbeit!

Der Bundesverband Deutscher Dienstleistungsunternehmen (BVD) und die christlichen Gewerkschaften haben in den Tarifverhandlungen für die Zeitarbeit heute Nacht in Berlin eine Einigung erzielt. Schwerpunkt des Tarifabschlusses ist neben den finanziellen Aspekten vor allem die gemeinsame Absicht der Tarifparteien, durch geeignete Regelungen den Missbrauch der Zeitarbeit wie im Fall „Schlecker“ für die Zukunft auszuschließen.

Mit den vereinbarten Tarifierhöhungen wurde die Voraussetzung geschaffen, dass künftig in allen Tarifverträgen für die Branche vergleichbare Lohnuntergrenzen gelten.

Da Missbrauch der Zeitarbeit auch dadurch möglich ist, dass auf längst überholte Tarifverträge Bezug genommen wird, ohne dass die Tarifparteien darauf Einfluss haben, appellieren CGZP und BVD an den Gesetzgeber, hierzu schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, die diesen Missbrauch effektiv unterbinden. Mit diesem Tarifabschluss ist den kritischen Stimmen über eine angeblich fehlende Tariffähigkeit der CGZP die Grundlage entzogen.

Eckpunkte des Entgelttarifabschlusses vom 19.05.2010:

- Zweistufige Erhöhung der Entgelte zum 01.07.2010 um 3,6 % (West) und 4,1 % (Ost) sowie zum 01.07.2011 um 2,2 % (West) und 1,7 % (Ost).
- Die untersten Entgelte (Entgeltgruppe 1) betragen zukünftig 7,60 € (West) / 6,40 € (Ost) und ab 01.07.2011 7,75 € (West) / 6,56 € (Ost).
- Laufzeit der Entgelttarifverträge bis 30.06.2012.

* * * *

Buchtipps! „Verwirrspiel Rente“

Die Rente ist sicher, meinte Norbert Blüm 1986. Doch sind sie sicher?

Dem „Verwirrspiel Rente“ hat sich nun der CGB-Bundesvorsitzende Matthäus Strebl angenommen und in der Reihe „aktuelle analysen“ der Hanns-

Seidel-Stiftung seine Erfahrungen veröffentlicht, die er als Arbeits- und Sozialpolitiker im Deutschen Bundestag sammelte. Mit diesem Heft möchte Strebl sensibilisieren, Argumentationshilfen bieten, Lösungsvorschläge aufzeigen und durchaus auch provozieren.

Die Publikation kann kostenlos bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: 089/1258-0, E-Mail: info@hss.de bestellt werden



Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Gunter Smits

Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.